



Presse

verdi.de :: presse / Pressemitteilungen

PRESEMITTEILUNGEN

Post

Deutsche Post AG: SPD und Finanzminister müssen Farbe bekennen

23.04.2008

- Warnstreiks führen zu verzögerter Zustellung von Pressepost

Vor dem Hintergrund des Konflikts um Arbeitszeit und Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG erwartet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), dass die Regierungspartei SPD und ihr Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Farbe bekennen. Steinbrück habe die Verlängerung der Arbeitszeit von 38,5 auf 41 Wochenstunden für die 55.000 Postbeamten „durch sein Nichtstun“ ermöglicht. Eine Verordnung, die die Arbeitszeit der Beamten auf 38,5 Stunden festlegt, habe Steinbrück Ende März ersatzlos auslaufen lassen. „Mit diesem Geschenk des Finanzministers im Rücken will die Post AG nun eine höhere Arbeitszeit für alle Beschäftigte, auch der 130.000 Tarifkräfte, durchdrücken. Damit wird deutlich, dass die erhöhte Wochenarbeitszeit der Beamten unmittelbar in die Tarifautonomie eingreift“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis.

Der Mindestlohn reguliere den Wettbewerb und lasse der Deutschen Post AG weitere Kunden zuwachsen. Anstatt neue Beschäftigte einzustellen, reagiere die Deutsche Post AG mit einer erhöhten Arbeitszeit. „Wenn sich die Politik und allen voran die SPD in der Arbeitszeitfrage der Beamten wegduckt, ist das ein Beitrag zur Vernichtung von guten Arbeitsplätzen und spielt den Gegnern von Mindestlöhnen den Ball zu“, erklärte Kocsis. Die Gewerkschaft zeigte sich auch „erstaunt, dass sich außer Bundeswirtschaftsminister Glos niemand aus der CDU/CSU zu Wort meldet“.

Unterdessen wurden die Warnstreiks bei der Deutschen Post AG auch heute fortgesetzt. Schwerpunkt der Aktionen waren Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Depots, in denen Presse- und Infopost umgeschlagen wird. In der Folge könnte sich die Zustellung von Katalogen, Zeitschriften oder Werbesendungen bundesweit verzögern. Nach Angaben von ver.di folgten rund 400 Beschäftigte an den Standorten Berlin, Köln, Essen, Hamburg, Freising, Nürnberg und Stuttgart dem Aufruf. Die Gewerkschaft kündigte für den morgigen Donnerstag bundesweit weitere Warnstreiks an ausgewählten Punkten in der Zustellung an.

Herausgeber:

V.i.S.d.P.: Harald Reutter
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011 bzw. -1012
Fax: 030/6956-3001
E-Mail: pressestelle@verdi.de